

# Bochum 1939

Durch das Erscheinen des Buches von

HUBERT SCHNEIDER

*DIE ENTJUDUNG DES WOHNRAUMS – JUDENHÄUSER IN BOCHUM*  
Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner

LIT-Verlag Berlin / Münster 2010

lassen sich mit dem Auszug von Seite 174 bis 179 – neben den im Anhang beschriebenen Radsportaktivitäten von Moritz Lindau weitere Spuren von Alma und Moritz Lindau hier darstellen:

## Lindau, Moritz und Ehefrau Alma geb. Watermann<sup>1</sup>

Moritz Lindau wurde am 21. Januar 1877 in Bebra geboren, seine Ehefrau Alma geb. Watermann am 19. Oktober 1882 in Bochum. Alma Lindau stammte aus einer alten Bochumer Familie, die seit 1878 in der damaligen Königstraße 21, heute Annastraße, eine Metzgerei mit Gastwirtschaft betrieb. Ihre Schwester Elfriede war mit Georg Salomon verheiratet, der den elterlichen Betrieb zunächst übernahm.<sup>2</sup> Es gab noch eine dritte Schwester, Marie Puschkazer, die mit ihrer Familie in der Märkischen Straße wohnte, und den Bruder Fritz Watermann, geboren am 16. Juli 1885, der nach der Schwester Elfriede den elterlichen Betrieb in der Königstraße übernahm. Er floh offensichtlich in die Niederlande, wurde von dort aus nach Auschwitz deportiert, wo er laut Aktenlage am 30. August 1942 ermordet wurde.<sup>3</sup>



*Abbildung von Moritz Lindau*



*Abbildung von Alma Lindau geb. Watermann*

Moritz und Alma Lindau hatten zwei Kinder: die am 27. Oktober 1906 in Bochum geborene Tochter Else Friederike und den am 27. Dezember 1911 ebenfalls in Bochum geborenen Sohn Kurt Süßmann.<sup>4</sup> Moritz Lindau war Soldat im Ersten Weltkrieg gewesen, schwer kriegsbeschädigt

<sup>1</sup> Siehe hierzu StA NRW Münster, Oberfinanzpräsident – Devisenstelle – Nr. 5411; StA NRW Münster, Rückerstattungen Akte Nr. 1973 und Akte Nr. 2104; Lindau; StadtA Bochum, Bo 23/11 und Bo 23/27. Zu Moritz und Alma Lindau liegt eine Stolpersteinrecherche von Dr. Ernst-Albrecht Plieg vor, die im Stadtarchiv Bochum eingesehen werden kann.

<sup>2</sup> Georg und Elfriede Watermann wohnten 1942 zusammen mit Moritz und Alma Lindau in der Rottstraße 11 und wurden 1942 deportiert. Siehe hierzu den Bericht weiter unten.

<sup>3</sup> Diese Informationen zu den Geschwistern Watermann habe ich von Herrn Alfred Salomon erhalten.

<sup>4</sup> Die folgenden Informationen sind, soweit nicht anders belegt, der Akte StA NRW Münster, Oberfinanzdirektion – Devisenstelle – Nr. 5411 entnommen.

zurückgekommen. Zum 1. April 1919 begründeten die Lindaus in ihrem Haus in der Alleestraße 12 I – gelegen zwischen Rathaus und Christuskirche, an der Stelle befindet sich heute das Möbelgeschäft Limpinsel – ein Bettenspezialgeschäft. Die Geschäfte gingen zunächst gut. Moritz Lindau war 1927 in der Lage, zusammen mit drei anderen Männern, darunter einem Bauunternehmer, in Dortmund eine Radrennbahn zu bauen.<sup>5</sup> In der Freizeit bewirtschaftete die Familie bereits seit 1903 einen Schrebergarten im Kleingartenverein Ehrenfeld. In der Wirtschaftskrise erfuhr die Firma Lindau einen Rückschlag, von dem sich der Betrieb nie mehr richtig erholte. Verstärkt wurden die Probleme noch dadurch, dass Moritz Lindau als Folge seiner Kriegsbeschädigung von Ende 1932 bis Anfang 1934 arbeitsunfähig war. Seit 1. Januar 1932 arbeitete der Sohn Kurt Lindau, der eine kaufmännische Ausbildung absolviert hatte und in der Wirtschaftskrise arbeitslos geworden war, in dem elterlichen Betrieb mit. In einem Begleitschreiben zu einem Fragebogen für Auswanderer vom 25. August 1938 beschrieb er die ökonomische Situation der Eltern und seine eigene so:

*Ich war seit dem 1.1.1932 in dem elterlichen Geschäft tätig, habe kein Gehalt bezogen, lediglich frei Station, und wenn mein Vater in der Lage war, mir einen Anzug zu kaufen, dann habe ich einen bekommen. Die Vermögensverhältnisse meiner Eltern sind am besten dadurch beleuchtet, dass dieselben einkommenssteuerfrei sind und mein Vater kriegsbeschädigt ist und von Ende 1932 bis zu Beginn des Jahres 1934 infolge dieser Beschädigung arbeitsunfähig war. Bemerken möchte ich außerdem noch, dass ich zu Geburts- und Feiertagen von meinen Freunden nützliche Dinge geschenkt bekommen habe, da diesen meine missliche Lage bekannt war.<sup>6</sup>*

Angesichts dieser schwierigen Situation war es nicht erstaunlich, dass sich die Kinder der Lindaus frühzeitig um eine Ausreise aus Deutschland bemühten.<sup>7</sup> Ein Bruder des Vaters, Willi Lindau aus Bebra, war bereits 1895 in die USA ausgewandert. Er lebte in Sioux-City (Iowa) und hatte die erforderlichen Garantieerklärungen abgeben, die notwendig waren, wollte man ein Visum für die USA erhalten. Dieses Visum zu erhalten, war – wenn die Voraussetzungen stimmten – vor der Pogromnacht noch relativ einfach, denn die Quoten für deutsche Einwanderer in die USA wurden bis zum November 1938 nicht voll genutzt. Ein anderes Problem war, wie die Überfahrt bezahlt werden sollte. Kurt Lindau und seine Eltern hatten kein Geld. Wie Kurt Lindau in dem Fragebogen für Auswanderer am 25. August 1938 notierte, wurde seine Überfahrt vom Hilfsverein der Juden in Berlin bezahlt, abzüglich 100 RM, die von der Sportgruppe Bochum übernommen wurden. Neue Sachen für die Auswanderung konnte er nicht kaufen, auf der bei der Devisenstelle eingereichten und von dort genehmigten Umzugsliste standen nur wenige alte Kleidungsstücke.

Am 3. August 1939, ein Jahr, nachdem Kurt Lindau Deutschland verlassen hatte, schrieb der Vater Moritz Lindau an die Devisenstelle, er wolle dem Sohn einen Wintermantel, Winterunterhosen, Schuhe und eine Pfeife nachschicken. Das wurde am 11. August 1939 genehmigt. Bis zu diesem Zeitpunkt war vieles geschehen. Moritz Lindau gehörte zu den Männern, die nach dem 9. November 1938 in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt worden waren. Von dort wurde er am 28. November 1938 wieder entlassen.<sup>8</sup> Im August 1939 hatten Moritz und Alma Lindau auch kein Haus mehr und auch kein Geschäft.

Mit Vertrag vom 8. Dezember 1938 hatte Moritz Lindau sein Haus in der Alleestraße 12 I an den Kaufmann Josef Spiekermann in der Rottstraße 55 verkauft.<sup>9</sup> 30 000 RM sollte der Käufer

5 Daran erinnert sich der Neffe Alfred Salomon. Stadtarchiv Bochum (Hg.), Vom Boykott bis zur Vernichtung, S. 235. Das Engagement Moritz Lindaus im Bochumer Radsport würdigt Ernst-Albrecht Plieg in seinem Buch über den Bochumer Radsport. Plieg, Ernst-Albrecht: Lohmann, Hasselberg & Co. Bochums Radsport zwischen 1889 und 1963, Essen 2008, vor allem S. 71ff.

6 STA NRW Münster Oberfinanzdirektion Münster – Devisenstelle – Nr. 5411.

7 Über die konkreten Umstände der Emigration der Tochter Else Friederike sind keine Unterlagen überliefert. Bekannt ist nur, dass sie nach dem Krieg als Else Friederike Goldsmith in Minneapolis USA wohnte.

8 Das geht aus den beim Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen liegenden Entlassungslisten des Konzentrationslager Sachsenhausen hervor. In Sachsenhausen wurde Lindau unter der Häftlingsnummer 11892 registriert, im Block 39 untergebracht. ITS Archives Bad Arolsen, Veränderungsmeldungen Konzentrationslager Sachsenhausen.

9 Dieser Vorgang ist dokumentiert in den im Stadtarchiv Bochum lagernden Aktenstücken StadtA Bochum, Sta.Bo 23/11 und Sta.Bo 23/27. Die folgenden Angaben sind diesen Akten entnommen.



bezahlen, nach Abzug von Hypotheken, Steuern, vor allem aber der den Juden nach dem 9. November 1938 auferlegten *Sühneleistung* sollten die restlichen 8 000 RM an Lindau gehen. Da der Einheitswert der Besetzung 1935 lediglich 28 300 RM betrug, wurde der Vertrag am 17. Dezember 1938 noch einmal geändert: Spiekermann sollte jetzt nur 28 000 RM bezahlen.

Der Vertrag wurde aber nicht erfüllt: Die Stadt Bochum erhob Einspruch dagegen, sie benötigte das Gelände für die geplante Neugestaltung der Gauhauptstadt Bochum. Mit Vertrag vom 3./24. März 1939 erwarb sie das Geschäftshaus Alleestraße 12 I zum Preis von 29 000 RM. Nach Abzug der Hypotheken, städtischen und staatlichen Forderungen wurden die restlichen 8 742,55 RM auf ein Sperrkonto Lindau überwiesen, über das Moritz und Alma Lindau nicht frei verfügen konnten.

Moritz Lindau hatte seinen Betrieb persönlich am 1. März 1939 abgemeldet. Eine Übernahme fand nicht statt, die Räume der Firma wurden nach der Auflösung des Betriebs von der Möbelhandlung Waschke genutzt. Wer den Warenbestand übernahm, das ist nie geklärt worden. Das Gebäude Alleestraße 12 I ist bei dem großen Bombenangriff am 4. November 1944 völlig zerstört worden.

Unmittelbar nach dem Verkauf des Hauses versuchten Moritz und Alma Lindau, Deutschland zu verlassen. Am 17. März 1939 meldete das Finanzamt Bochum der Gestapo Dortmund, Außenstelle Bochum, Moritz Lindau wolle auswandern.<sup>10</sup> Dieser hatte bereits am 7. März 1939 an die Devisenstelle in Münster geschrieben, dass seine Frau und er zum Sohn in die USA wollten. Mitnehmen wollten sie ein Schlafzimmer und eine Küche, außerdem die Gartengeräte aus dem Schrebergarten, da der Sohn in den USA auf dem Land lebe.

Am 23. November 1939 erließ die Devisenstelle in Münster gegen Moritz Lindau eine *Sicherungsanordnung* (JS 1784). Zu diesem Zeitpunkt hatte Lindau noch ein Bankguthaben in Höhe von 3 642 RM. Zur Deckung seiner Ausgaben beantragte er die Freigabe von monatlich 256 RM (56 RM Miete, 200 RM für Leben usw.). In einem Zusatz bat er um die Freigabe von monatlich 275 RM, da er durch seine Kriegsbeschädigung zusätzliche Kosten habe. Dieser Betrag wurde am 23. Dezember 1939 genehmigt.

Moritz und Alma Lindau konnten Deutschland nicht mehr verlassen. Wir wissen lediglich, dass sie 1942 im *Judenhaus* Rottstraße 11 gemeldet waren. Und Siegbert Vollmann, der Vorsitzende der kleinen jüdischen Nachkriegsgemeinde, schrieb am 14. November 1950 an das Amtsgericht in Bochum, Moritz und Alma Lindau seien im April 1942 nach Zamosc deportiert worden.<sup>11</sup> Vollmann musste es wissen, denn seine nichtjüdische Frau hatte mit den Lindaus zuletzt in der Rottstraße 11 gewohnt. Aus Zamosc ist niemand zurückgekommen. Die dorthin deportierten Juden wurden im Vernichtungslager Sobibor vergast. Am 9. Juni 1951 wurden Moritz und Alma Linda auf Antrag ihrer Kinder vom Amtsgericht Bochum offiziell für tot erklärt.<sup>12</sup>

Die Kinder von Moritz und Alma Lindau hatten überlebt. Else Friederike und Kurt Süßmann heirateten in den USA, wohnten Ende der vierziger Jahre in Minneapolis Minnesota bzw. Concord Minnesota. Sie bemühten sich sehr früh um den Nachlass ihrer Eltern in Bochum. Sie erfuhren natürlich sehr bald, was mit den aus Deutschland deportierten Juden in den Lagern geschehen war. Und was das für sie bedeutete, das kann man einem Brief Kurt Lindaus – in englischer Sprache – vom 12. Juli 1948 an Joint Export and Import Agency in Düsseldorf entnehmen:

*Meine Frau und ich, meine kleine Tochter und weitere Freunde gingen gestern zu einem Picknick, und als ich mein Kind lachen hörte und sah, wie es sich erfreute, dachte ich, wenn doch nur seine Großeltern es einmal hätten sehen können. Es erinnerte mich weiterhin an eine Geschichte, die ich vor kurzem las; sie wurde vielmehr von dem englischen Ankläger vor dem Nürnberger Gerichtshof erzählt. Ich zitiere hiermit: „Sie standen in Gruppen zusammen, als SS-Leute sie auf eine halb mit Leichen gefüllte Grube zutrieben. Am offenen Rand der Grube saß ein SS-Mann mit einem automatischen Gewehr, eine Zigarette zwischen den Lippen und mordete so Tausende unschuldige Menschen. Ein Vater unterrichtete seinen Sohn, schaute auf gegen den Himmel und zeigte ihm ihn.“ Meine Herren, dieser Vater schaute auf den Himmel. Ich schaue auf Sie, dass sie mir helfen werden,*

10 Diese und die folgenden Informationen sind entnommen: StA NRW Münster, Oberfinanzdirektion – Devisenstelle – Nr. 5411.

11 Die Akten der jüdischen Nachkriegsgemeinde werden im Stadtarchiv Bochum aufbewahrt. StadtA Bochum, NAP 23.

12 Ebenda.

*das Erbe für meine kleine Tochter zu retten, für das ihre Großeltern arbeiteten. Ich bin sicher, dass sie denken, dieses Erbe sei das rechtmäßige meiner Tochter.*<sup>13</sup>

Das Amtsgericht Bochum stellte am 10. Oktober 1951 einen Erbschein für Else Friederike Goldsmith geb. Lindau und Kurt Süssmann Lindau als gleichberechtigte Erben ihrer Eltern Moritz und Alma Lindau aus. Die in den USA lebenden Erben wurden von ihrem in Bochum lebenden Vetter Alfred Salomon vertreten.

Alfred Salomon hatte bereits 1950 die Interessen der Erben Lindau vertreten. In einem Verfahren gegen die Stadt Bochum betr. das Hausgrundstück Alleestraße 12 I war es am 13. November 1950 zu einem Vergleich gekommen: Die Stadt Bochum zahlte an die Erben Lindau 8 000 DM. Davon gingen 500 DM an den Rechtsanwalt und Notar Haas in Bochum.<sup>14</sup>

In der Folge kam es zu weiteren Verfahren:<sup>15</sup>

- Was aus dem Warenbestand des Bettenhauses Lindau nach der Auflösung des Geschäftes wurde, konnte offensichtlich nicht geklärt werden. Das Wiedergutmachungsamt Bochum beschloss deshalb am 27. Januar 1951, dass der Antrag der Erben Lindau als unbegründet zurückgewiesen werden müsse.
- Auch den Antrag der Erben Lindau auf Ersatz für die nach der Deportation zurückgelassenen Möbel der Eltern wurde gemäß Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Bochum am 7. November 1950 zurückgewiesen. *Der Antrag der Berechtigten wird als unbegründet zurückgewiesen. Sie müssten nachweisen, dass die Vermögensgegenstände aus rassistischen, politischen oder ähnlichen Gründen ungerechtfertigt entzogen worden sind.*<sup>16</sup>
- Ebenso wies das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Bochum am 30. Januar 1951 den Antrag der Erben Lindau auf Ersatz für die im Schrebergarten Ehrenfeld zurückgelassene Gartenlaube und die Sträucher als unbegründet zurück. Mitglieder des *Kleingartenvereins Ehrenfeld* hatten ausgesagt, der Garten sei von Lindau lange nicht gepflegt worden, die Laube sei verwahrlost, Lindau mit der Pacht im Rückstand gewesen. Im Übrigen habe der Nachfolger Lindaus als Pächter 250 RM Ablöse gezahlt, allerdings nicht an Lindau, sondern an den Kleingartenverein.

So war das in den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik. Die überlebenden Erben der Opfer der Shoa befanden sich in der Rolle der Bittsteller. Wenn man die Akten liest, hat man den Eindruck, die deutschen Behörden und – im Falle des Schrebergartens – die ehemaligen Nachbarn betrachteten die Überlebenden als Menschen, die unberechtigterweise Ansprüche geltend machten. Und wenn man die Formulierungen im Detail genau liest, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als schimmere an vielen Stellen der alte Antisemitismus durch. Dass solche Bescheide mit ihren Begründungen auf Antragsteller wie Kurt Lindau nur zynisch und menschenverachtend wirken mussten, das wird jedem deutlich, der seinen oben so ausführlich zitierten Brief liest.

Anfang der fünfziger Jahre gab es noch keine Gesetzgebung, welche die sogenannte *Wiedergutmachung* eindeutig regelte. Das geschah erst in den folgenden Jahren. Und wir wissen ja auch aus den späteren Verfahren, dass die Anträge der Opfer dann anders behandelt wurden. Die Anträge auf Entschädigung für *Schäden an Eigentum* (Möbel) wurden in der Regel positiv beschieden. Denn die Befragungen des 1942 mit der Verwaltung des von den deportierten Juden zurückgelassenen Eigentums beschäftigten Finanzamtes und der Gestapo ergaben eindeutig, dass dieser Besitz vom Bochumer Wohlfahrtsamt übernommen oder zugunsten der Staatskasse verkauft worden war. Auch hatten die Erben der Opfer Anspruch auf Entschädigung für *Schaden an Freiheit* oder für *Schaden an beruflichem Fortkommen*. Das alles konnte den Verlust, den die Überlebenden erlitten hatten, auch nicht nur annähernd ausgleichen. Mit welchem Betrag sollte man den Aufenthalt im Konzentrationslager bis zur Ermordung beziffern? Vor dieser Frage erscheinen die 150 DM, die später für jeden Monat Konzentrationslager gezahlt wurden, zynisch. Wir wissen aus

---

13 StA NRW Münster, Rückerstattungen Akte Nr. 1973: Lindau.

14 Ebenda.

15 Siehe hierzu StA NRW Münster, Rückerstattungen Akte Nr. 2104: Lindau.

16 Ebenda.

vielen Berichten, dass diese Berechnungen von den Überlebenden als unzureichend betrachtet wurden, aber auch, dass die gezahlten Beträge halfen, neue Existenzen im Emigrationsland zu begründen. Es gab aber auch viele Überlebende, die nach den Erfahrungen, die sie mit ihren Anträgen Anfang der fünfziger Jahre gemacht hatten, ihre Ansprüche nicht weiter verfolgten. Sie wollten sich einfach den deutschen Behörden, deren Befragungen und Verdächtigungen, insgesamt der bürokratischen und von ihnen als schikanös betrachteten Verhaltensweisen nicht mehr aussetzen. Für sie bedeutete jedes Verfahren, dass sie sich dem Grauen aufs Neue stellen mussten. Und sie waren zumeist mit der psychischen Bewältigung des Erlebten beschäftigt. Ob die Kinder von Moritz und Alma Lindau die Verfahren in den späteren Jahren wieder aufgegriffen haben, das wissen wir nicht. Akten darüber sind nach jetzigem Kenntnisstand nicht überliefert. Wenn man den Brief von Kurt Süßmann Lindau aus dem Jahre 1948 liest, kann man sich sehr gut vorstellen, dass er sich erneuten Verfahren nicht mehr gestellt hat.<sup>17</sup>



*Foto von der Verlegung der Stolpersteine durch Gunter Demnig auf dem Willy.Brandt-Platz, früher Alleestraße 12 am 30.11.2009.*

<sup>17</sup> Im Privatbesitz von Alfred Salomon befindet sich ein Briefwechsel zwischen ihm und Walter Goldsmith, dem Ehemann der Lindau-Tochter Else, aus den siebziger Jahren. Demach ist im Jahre 1971 noch einmal eine Zahlung erfolgt. Es wird aber nicht deutlich, welche Summe gezahlt wurde und wofür. Alfred Salomon kann sich an die Details auch nicht mehr erinnern.



HIER WOHNTE  
MORITZ LINDAU

JG. 1877

DEPORTIERT 1942

ZAMOSC

ERMORDET

HIER WOHNTE  
ALMA LINDAU

GEB. WATERMANN

JG. 1882

DEPORTIERT 1942

ZAMOSC

ERMORDET

## Anhang

Bochumer Zeitpunkte Nr. 22

Ernst-Albrecht Plieg

### Moritz Lindau - ein jüdischer Radsportler aus Bochum 1877-1942 (?)

Moritz Lindau, geboren am 21. Januar 1877, war Kaufmann und betrieb ein Bettenspezialhaus in Bochum. Ihm gehörte das Haus Alleestraße 12<sup>1</sup> oder auch 12 a, wo er auch wohnte. In der Freizeit widmete er sich dem damals aufblühenden Radsport. Im Jahre 1904 gründete er zusammen mit anderen Sportkameraden den Radsportverein „Sturmvogel 04“ und wurde auch gleich zum Vorsitzenden gewählt, zu einem Amt, das er bis 1906 ausübte. Verheiratet war er mit Alma, geb. Watermann, geboren am 19. Oktober 1882. Das Ehepaar hatte zwei Kinder, Kurt und Else Friederike.<sup>18</sup>

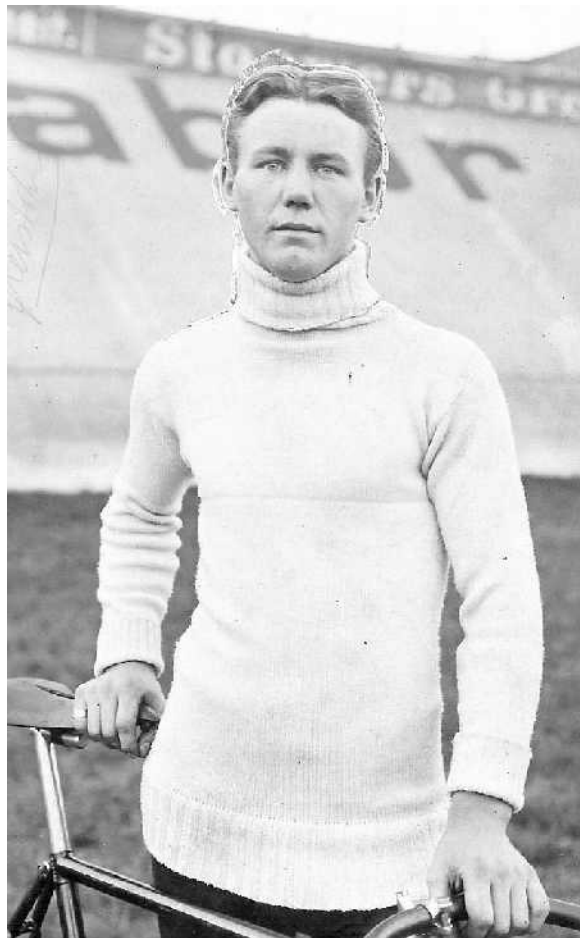


Abb. 1: Clemens Schürmann, 1910. (*Sport-Album der Rad-Welt 1910*)

Von 1888 bis 1904, als Hamme nach Bochum eingemeindet wurde, gab es an der Freudenbergstraße in Hamme eine Radrennbahn, die nur aus einer Aschenbahn mit mäßig überhöhten Kurven bestand. Immerhin erschien hier wiederholt die damalige Elite des deutschen Radrennsports und nahm an stark besuchten Rennen teil.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Das Material zur Person Moritz Lindaus und seiner Rolle im Bochumer Radsport wurde gewonnen durch die Vorarbeiten zu dem Buch: Ernst-Albrecht Plieg, Lohmann, Hasselberg & Co. Bochums Radsport zwischen 1889 und 1963, Essen 2008.

<sup>19</sup> Zur Radrennbahn am Freudenberg in Hamme siehe das Kapitel ebd.



Danach mussten die Radsportfreunde, die sich eine Rennbahn wünschten, zwanzig Jahre warten. Aber als der Erste Weltkrieg überstanden war und die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets dem Ende zuing, schlossen sich mehrere Radfahrvereine zum „Verein Radrennbahn Bochum“ zusammen mit dem Ziel, eine neue Bahn zu bauen. Dies geschah unter lebhafter Mitwirkung von Moritz Lindau, der hier den Vorsitz übernahm. Die Bahn entstand unter schwierigen Umständen in dem Dreieck, das heute von der Hattinger Straße, der Kulmer Straße und der Friederikastraße gebildet wird. Dieses Gelände hatte als Wiese dem Bauern Backwinkel aus Wiemelhausen gehört, war städtischer Ablagerungsplatz gewesen, d. h. der Inhalt der damals noch üblichen Senkgruben wurde aus ganz Bochum dorthin abgefahren und unbedeckt gelagert.<sup>20</sup> Der Platz lag dann mehrere Jahre brach, wurde danach zu einem kleinen Sportplatz und nun, soweit das möglich war, für Zwecke einer Radrennbahn angeschüttet und planiert. Man war sehr stolz auf diese neue Bahn. Sie wurde im Sommer 1924 eröffnet. Der Stolz erhielt vermutlich einen Dämpfer, als vier Wochen nach der Eröffnung zu lesen war, die Bahn sei zu schmal und der Kurvenradius zu eng.<sup>21</sup>

Schon nach fünf Jahren, zwischen 1929 und 1931, wurde die Bahn so gründlich umgebaut, dass man von einem Neubau sprechen muss. Federführend für den „Verein Radrennbahn Bochum“ beauftragte der Vorsitzende, Moritz Lindau, einen Architekten aus Münster, Clemens Schürmann, der selbst aktiver Radsportler gewesen war, die damals gebräuchliche Sturzkappe erfunden, an den Weltmeisterschaften 1908 und 1913 teilgenommen und 1908 die Europäische Vizemeisterschaft gewonnen hatte. Als Berufsfahrer hatte er sich mit dem Radfahren das Geld für den Besuch einer Staatsbauschule verdient und aus seinen Erfahrungen ein spezielles Konzept zum Bau von Radrennbahnen entwickelt. Dabei ließ er sich die Gestaltung der Übergänge in die Kurven und aus den Kurven zurück in die flachen Teile der Bahn besonders angelegen sein. Die Bahn in Bochum wurde die Nummer Acht auf seiner Werkliste.<sup>22</sup>

---

20 Siehe das Kapitel „Die Kanalisation und der Müll“, in: Ernst-Albrecht Plieg, Weitmar (Landkreis Bochum). Biographie einer Amtsgemeinde im Ruhrgebiet 1.10.1892-1.04.1926, Horb 2000, S. 114119.

21 Bochumer Anzeiger vom 26. August 1924.

22 Zur Person Schürmanns siehe im Internet... ; siehe auch die entsprechenden Kapitel in Plieg, Lohmann (wie Anm. 1), S. 22 - 23. Die Matadore der Radrennbahn: Clemens Schürmann, in: Sport-Album der Rad-Welt 1910, S. 15. Clemens Schürmann, Mein schönstes Rennen, in: Sport-Album der Rad-Welt 1920, S. 90 ff. Fredy Budzinski, Clemens der Sieger, in: „Illustrierter Radrennsport“ 1935, Nr. 86, S. 2 ff. Hier spricht Rütt: Clemens Schürmann, Erfinder der Sturzkappe, in: „Der Deutsche Radfahrer“ 1941, Nr. 45, S. 4. Die genannten Zeitschriften befinden sich im Internationalen Bahnradsporth Archiv in Bad Münstereifel. Die Werkliste Schürmanns und seiner Nachfolger wurde von Ralph Schürmann freundlicherweise zur Verfügung gestellt.



Abb. 2: Moritz Lindau (zweiter von links), Vorsitzender des Radsportvereins „Sturmvogel 04“ von 1904 bis 1910; Aufnahme von 1910. (Festschrift „Hundert Jahre Radsport-Verein Sturmvogel 04 e.V.“, Bochum 2004)

Moritz Lindau führte die Verhandlungen und den Briefwechsel mit Schürmann. Dieser Briefwechsel hat sich im Architektenbüro Schürmann in Münster erhalten, das von Ralph Schürmann, Clemens' Enkel, geführt wird und weltweit als Spezialist für Radrennbahnen tätig ist. Aus dem Schriftwechsel geht hervor, dass die Vorstandsmitglieder den Wunsch hatten, die schnellste Bahn in Deutschland zu erhalten - was ihnen für eine Weile auch gelang - aber man muss bezweifeln, dass sie von Schürmanns Können wirklich überzeugt waren. Sonst hätten sie ihren Architekten wohl mit größerem Wohlwollen behandelt.<sup>23</sup>

Die Schwierigkeiten begannen damit, dass im Vertrag mit Schürmann die Bausumme nicht exakt angegeben war. Wovon sollten also 6 % als Honorar gezahlt werden? Ersatzweise war beim Vertragsabschluss als Mindesthonorar die Summe von 3.500 RM festgesetzt worden, zahlbar zu einem Viertel bei Auftragserteilung, der Rest in Raten und die letzten 10 % aus der Brutto-Einnahme der ersten Veranstaltung. Schürmann entwarf eine Bahn von 333 Metern Länge und dazu eine Tribüne, die an der der Hattinger Straße zugewandten Seite stehen sollte, sodass die Besucher nicht in die Sonne zu blinzeln brauchten. Dann aber geschah etwas ganz Ungewöhnliches: Der Verein Radrennbahn nahm dem Architekten Schürmann den schon erteilten Auftrag zum Bau der Tribüne wieder weg und leitete ihn an einen Dritten weiter, er knauserte um die in solchen Fällen übliche Abstandssumme, die übrigens nur dreistellig war - in so bescheidenem Rahmen spielte sich alles ab. Die Zusammenarbeit zwischen Architekt und Auftraggebern klappte überhaupt nicht. Schürmann erklärte die Auffassung des Vereins Radrennbahn wegen der Weiterleitung für irrig, dieser blieb aber bei seiner Meinung und hielt mehrere Zusagen nicht ein, den Architekten umgehend über neue Beschlüsse zu unterrichten.

Nicht nur das. Schürmann musste auch immer wieder an die fälligen Teilzahlungen erinnern und schlug schließlich vor, die Bausumme auf 60.000 RM festzusetzen. 6 % davon wären 3.600 RM gewesen oder, wenn man die 36 Monate zugrunde legte, die inzwischen ins Land gegangen waren, 100 RM pro Monat. Und davon gingen noch Spesen und Reisekosten ab. Der Verein Radrennbahn ließ sich aber „von fachmännischer Seite“ die Baukosten neu berechnen - das kann eigentlich nur die Bauverwaltung der Stadt Bochum gewesen sein, aber belegen lässt sich das nicht mehr, weil alle Vereinsakten vor einigen Jahren in der Papiertonne landeten. Die neu ermittelte Summe lautete auf 42.000 RM.<sup>24</sup> Schürmann hat niemals sein volles Honorar erhalten, so bescheiden die Summe sich

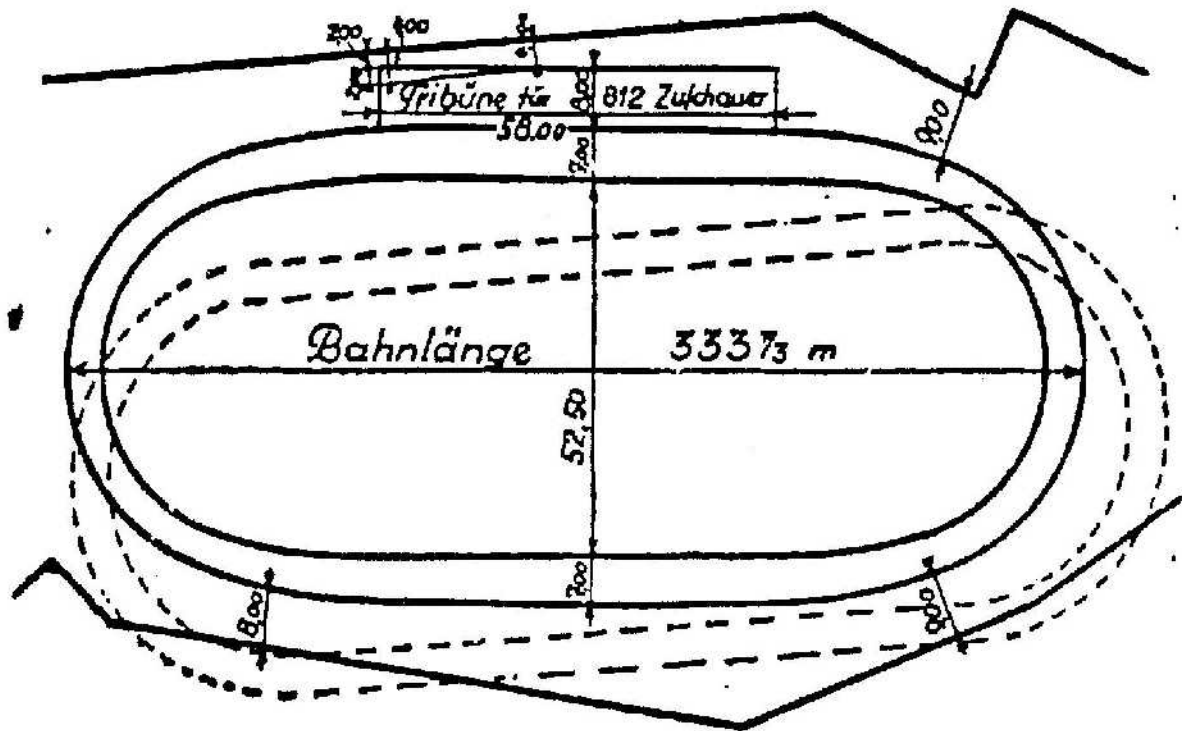
23 Die Akte "Radrennbahn Bochum" des Architektenbüros Schürmann in Münster enthält den Schriftwechsel zwischen dem Verein Radrennbahn Bochum und Clemens Schürmann zwischen 1927 und 1934. Bei Flieg, Hasselberg (wie Anm. 1) wird der Schriftverkehr ausführlich dargestellt und aus der "Bauakte Schürmann" zitiert.

24 Bauakte Schürmann, Schreiben Moritz Lindau, Verein Radrennbahn Bochum, an Clemens

von heute aus gesehen auch ausnimmt. Während die Bochumer Radrennbahn am 4. Juni 1931 eingeweiht wurde und viel Lob erhielt, musste sich Schürmann weiter um das ihm zustehende Geld bemühen. Damit hatte er nur teilweise Erfolg. Man mutete ihm sogar zu, auf das Resthonorar zu verzichten. Hierzu sollte er sich gegenüber Moritz Lindau bereit erklärt haben, was Schürmann energisch bestritt. Ferner machte der Verein Radrennbahn geltend, dass die Einnahmen aus Rennveranstaltungen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, und dass die Vereinsmitglieder sowieso schon schwere finanzielle Opfer auf sich genommen hätten, sodass nichts für ihn abfalle. Die Krise gipfelte im Dezember 1933 in einer unfeinen Anspielung darauf, dass Schürmann bis dahin eine Summe erhalten habe, die „bei nicht allzu großen Ansprüchen für einen Winter wohl reichen dürfte“ und in der Frage: „Halten Sie es nun für berechtigt, daß eine von Sportidealisten mit Unterstützung der Stadt erbaute kleine Provinzbahn Ihnen größeren Gewinn bringt als eine vom Staat finanzierte Weltmeisterschaftsbahn?“<sup>25</sup> Die Bochumer Bahn, als schnellste Radrennbahn in Deutschland gepriesen, war nun eine kleine Provinzbahn, und die staatlich finanzierte Weltmeisterschaftsbahn war die Vigorelli-Bahn in Rom, die ebenfalls Schürmann entworfen hatte. Sie hatte ihm zwar viel Anerkennung, aber nicht sehr viel Geld eingebracht.

Die alte und die neue Bahn

## Die alte und die neue Bahn



### Die Liegeplan der Bahnen

Unser Bild zeigt die alte (— — — —) Bahn, die augenblicklich abgebrochen wird, und die projektierte Lage neuen (————) Bahn an der Göttinger Straße (Tribünenstraße).

Abb. 3: Die alte Radrennbahn von 1924 (gestrichelt) und die neue von 1931 (durchgezogene Linie). (Bochumer Anzeiger vom 11. Juli 1929)

Für den unerfreulichen Ablauf der Zusammenarbeit ab 1933 war Moritz Lindau allerdings nicht mehr verantwortlich. Mit dem 30. Januar 1933 musste er von der sportlichen Bühne abtreten, denn das sogenannte Dritte Reich war angebrochen. Die Herren vom Verein Radrennbahn trauten sich

Schürmann vom 25. März 1931.

25 Bauakte Schürmann, Schreiben Gustav Dürwald, Verein Radrennbahn Bochum, an Clemens Schürmann vom 3. Dezember 1933.



nicht mehr, mit Lindau zusammenzutreffen, und stellten Schürmann achselzuckend anheim, selbst von Münster aus Moritz Lindau zu einer Unterredung über die restlos verfahrenere Finanz- und Honorarsituation zu bewegen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Vorstand des Vereins Radrennbahn sich schließlich gegenüber seinem Architekten tot stellte und damit den eigenen Vertrag nicht einhielt.

Der unsägliche, krankhaft hasserfüllte Antisemitismus, den Hitler schon 1925 in seinem Buch „Mein Kampf“ dargelegt hatte, wurde nun zur schreckensvollen Überraschung vieler politische Wirklichkeit. Er hatte nicht nur die Aufzucht bzw. Wiederherstellung einer „nordischen Rasse“ zum Ziel, die es nie gegeben hat, sondern hielt auch die Verdrängung, später die Vernichtung jener Menschen, die diesen von keiner Wissenschaft gestützten quacksalbernden Phantasien nicht entsprachen, für geboten. Sogar von Gas hatte Hitler in „Mein Kampf“ schon gesprochen.<sup>26</sup>

Am 1. April 1933 fiel der erste Paukenschlag mit der von Propagandaminister Joseph Goebbels landesweit inszenierten „*planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Ärzte, jüdischer Waren und jüdischer Rechtsanwälte* [...] Grundsatz: *Kein Deutscher kauft noch bei einem Juden oder läßt sich von ihm Waren anpreisen*“, hieß es in dem Erlass, mit dem Goebbels diese Maßnahme auslöste.<sup>27</sup> Es blieb nicht beim bloßen Boykott. Es gab ungezählte Fälle von schwerer Sachbeschädigung und brutaler Gewalt gegen Personen - Vorbote dessen, was eines Tages folgen würde. In den nächsten zwei Jahren konnte man kaum von trügerischer Ruhe sprechen, denn Gefängnisse und Lager füllten sich mit Verhafteten. Seinem Parteiprogramm entsprechend griff das neue Regime auch nach der Wirtschaft, um die Juden zu verdrängen. Jüdische Geschäfte wurden „arisiert“, d. h. in Form von Zwangsverkäufen nichtjüdischen Eigentümern oder Gesellschaften übergeben. 1935 war das Jahr der drei sogenannten Nürnberger Gesetze. Auf dem „Reichsparteitag der Freiheit“ der NSDAP in Nürnberg verabschiedete die Partei am 15. September 1935 einstimmig das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, auch „Blutschutzgesetz“ genannt (§ 1 Abs. 1 Satz 1: „*Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten*“), sodann das Reichsbürgergesetz (§ 2 Abs. 1: „*Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen*“) und das Reichsflaggengesetz.<sup>28</sup> In Bochum protestierte am 1. August 1935 die Leitung des früher jüdischen Bochumer Kaufhauses Alsberg, das jetzt nach Dr. Kortum benannt war, dagegen, dass es irrtümlich noch immer als „*getarntes jüdisches Unternehmen*“ bezeichnet werde. Schließlich sei die bisherige Verwaltung im Juni 1933 zurückgetreten, jeder jüdische Einfluss sei ausgeschaltet, die Aktien würden an der Düsseldorfer Börse frei gehandelt, eine arische Aktienmehrheit sei sichergestellt, die gesamte Gefolgschaft bestehe aus deutschen Volksgenossen, die letzten jüdischen Angestellten seien „*Ende vergangenen Monats*“, also Ende Juni oder Juli 1935, ausgetreten.<sup>29</sup>

---

26 „*Hätte man zu Kriegsbeginn [gemeint ist 1914] und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen*“. Adolf Hitler, Mein Kampf, 417. - 418. Auflage München 1939, S. 772.

27 Josef Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, an die Gauleitungen der NSDAP, Berlin 28. März 1933, nach Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen u. a. 1966, zitiert bei Manfred Keller/Gisela Wilbertz (Hg.), Spuren im Stein. Ein Bochumer Friedhof als Spiegel jüdischer Geschichte, Essen 1997, S. 336 und S. 350, Anm. 3.

28 Blutschutzgesetz, in: Reichsgesetzblatt (RGBl) 1935 I, S. 1146 - 1147. Reichsbürgergesetz, in: RGBl 1935 I, S. 1146. Reichsflaggengesetz, in: RGBl 1935 I, S. 1145.

29 Stadtarchiv Bochum (StAB) BO 11/771, S. 53, Schreiben Kaufhaus Kortum AG an Oberbürgermeister Dr. Piclum vom 1. August 1935.

# Radrennbahn Bochum

Hattingerstr. Haltestelle Straßenbahnlinie 8 Früher alter Tattersall.

Sonntag, den 7. September, nachmittags 3 Uhr:

## Große internationale Radrennen

Ein Tag der Meisterfahrer

Es starten etwa 50-60 der besten Herrenfahrer der Welt.  
U. A. P. Debrayne, Brüssel, Meisterfahrer von Belgien 1924.

### Großer Preis von Bochum

100-km-Mannschaftsfahren nach Art der Sechstagerennen.  
Haupt-, Vorgabe- und Ausscheidungsfahren.

Während der Rennen: GROSSES KONZERT.

Alles Nähere durch die Plakate.

LR59

Vorverkauf: Zigarrengeschäft Jos. Klöpffer, Obere Marktstraße 8; Zigarrengeschäft Paul Aretz, Alleestraße 15; Rennbahn-Restaurant Strauch, Hattingerstraße.

Abb. 4: Aus der ersten Radsaison an der Hattinger Straße, Anzeige am 5. September 1924 für den Renntag am 7. September. (Bochumer Anzeiger vom 5. September 1924)

Am Tage bevor dieses Protestschreiben unterzeichnet wurde, übersandte die Kreisbetriebsgemeinschaft Handel, Bochum, Albertstraße 8, dem Oberbürgermeister Dr. Piclum eine Liste aller „im Kreise Bochum vorhandenen jüdischen Geschäfte, Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte des Kreises Bochum“ mit der Bitte, „diese Ihren Beamten im entsprechender Anzahl zur Kenntnis zu geben“.<sup>30</sup> Dieser Aufforderung kam Dr. Piclum am 3. August nach und verbot „allen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern, mit Juden in Geschäftsverbindung zu treten. Dieses Verbot gelte auch für getarnte Juden geschäfte.“<sup>31</sup> Das Verzeichnis, im Umdruckverfahren vervielfältigt, enthielt 30 verschiedene Positionen, von der Damen- und Herrenkonfektion über eine Dampfbügelanstalt bis zu den Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften. Insgesamt waren 203 Firmen aufgeführt, unter ihnen die drei Geschäfte, die mit Betten und Federn handelten, und unter diesen auch das Bettenhaus Lindau. Von der Liste wurden drei Firmen wieder gestrichen, sodass 200 Firmen übrig blieben. Das Kaufhaus Alsberg (nachmals Kortum) erschien der verschiedenen Warengruppen wegen gleich achtmal auf der Liste.<sup>32</sup> Die Leitung des Warenhauses wies sogleich, wie schon eine Woche vorher, nochmals daraufhin, „daß unser Unternehmen als rein arisch zu bezeichnen ist“ [hier findet sich ein rotes, also vom Oberbürgermeister angebrachtes Fragezeichen am linken Rand]. Die Firmenleitung bat darum, das Kaufhaus von der Liste zu streichen und diese Maßnahme allen Beamten, Angestellten und Arbeitern bekannt zu geben<sup>33</sup> und reichte eine Bescheinigung der Bochumer Industrie- und Handelskammer nach<sup>34</sup>.

30 Ebd., S. 27, Schreiben NSDAP Gauleitung Westfalen-Süd, Kreisamtsleitung, Albertstr. 8, an Oberbürgermeister Dr. Piclum vom 30. Juli 1935.

31 Ebd., S. 28 - 29, Schreiben Stadt Bochum 12 1 an alle Beamten, Angestellten und Arbeiter vom 3. August 1935.

32 Ebd., S. 30 - 36, Verzeichnis der jüdischen Geschäfte, Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte des Kreises Bochum vom 3. August 1935.

33 Ebd., S. 52, Schreiben Kaufhaus Kortum AG, Direktion, an Oberbürgermeister Dr. Piclum vom 8. August 1935.

34 Ebd., Bescheinigung der Bochumer Industrie- und Handelskammer vom 27. August 1935.

Eine interessante Facette ist ein Schreiben des Oberbürgermeisters vom 26. August 1935. In ihm setzte Dr. Piclum seine Verfügung vom 3. August bis auf weiteres wieder außer Kraft. „*Auch die bei einzelnen Stellen angebrachten Schilder mit der Aufschrift ‚Juden nicht erwünscht‘ sind sofort zu entfernen.*“<sup>35</sup> Wie lange dieser Widerruf Geltung hatte, ist nicht zu erkennen. Aber er passt in der Sache zusammen mit einem Erlass des Reichsministers des Innern, Wilhelm Frick, aus dem Jahre 1939. Dieser Erlass kam auf Veranlassung von Hermann Göring zustande, damals Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Reichsjägermeister, Präsident des Reichstages und Reichsbeauftragter für den Vierjahresplan. Der Vierjahresplan sollte die Wirtschaft innerhalb von vier Jahren in Kriegsbereitschaft versetzen. Göring hatte deshalb eine Reihe von „*Maßnahmen zur wirksamen legalen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft und zum Einsatz des jüdischen Vermögens für die Zwecke des Vierjahresplans*“ verfügt (man lasse sich den Begriff „*wirksame legale Ausschaltung*“ einmal auf der Zunge zergehen!) und den Reichsinnenminister darauf angesprochen, „*daß deutsche Volksgenossen um deswillen denunziert wurden, weil sie früher einmal in jüdischen Geschäften gekauft, bei Juden gewohnt oder sonst mit Juden in geschäftlicher Beziehung gestanden haben. Bei aller Notwendigkeit*“ - gemeint ist: der getroffenen Maßnahmen - „*bedeute das Ausspionieren und Denunzieren solcher oft lange zurückliegenden Vorgänge einen nach jeder Richtung unerfreulichen Mißstand, der insbesondere geeignet sei, die zur Durchführung des Vierjahresplanes unbedingt erforderliche gleichmäßige und störungslose Anspannung aller deutschen Menschen für produktive und lebenswichtige Aufgaben des deutschen Volkes zu erschweren. Der Herr Generalfeldmarschall wünscht daher, daß diesem Unwesen nach Kräften Einhalt geboten wird.*“<sup>36</sup>

Auf diesen Erlass kam Dr. Piclum zurück, als er dem Regierungspräsidenten in Arnberg berichten sollte, was es mit der Kundenliste des jüdischen Schneiders Kaminski, Goethestraße 14, auf sich habe. Diese Liste war während der turbulenten Pogromnacht vom 9./10. November 1938 aus dessen Wohnung entwendet worden und in die Hände der Geheimen Staatspolizei gelangt. Auf ihr standen neben anderen die Namen des Intendanten des Schauspielhauses, Saladin Schmidt, der Schauspieler Horst Caspar, Willi Busch und Schiesske, des Regisseurs Bartz und des für die Kultur zuständigen Stadtrats Wilhelm Stumpf.<sup>37</sup> Dr. Piclum berichtete dem Regierungspräsidenten über diese Kundenliste, insbesondere darüber, dass es sich um länger zurückliegende Vorgänge handelte. So war Stadtrat Stumpf seit 1937 schwer krank und lebte in Bad Nassau, die anderen Genannten hatten ein, zwei oder drei Jahre lang schon nicht mehr bei Kaminski arbeiten lassen. Piclum fügte hinzu: „*Bevor ich abschließend Stellung nehmen kann, bitte ich, meine vorstehenden Ausführungen der Staatspolizeileitstelle [in Dortmund] zur Überprüfung vorzulegen. Ich muss nämlich zu der Annahme kommen, daß die Staatspolizeileitstelle von einer äußerst unzuverlässigen Nachrichtenquelle informiert wird [...] Sollten trotz meiner Darlegungen noch Maßnahmen gegen die Genannten, soweit sie jetzt überhaupt noch in Frage kommen, gewünscht werden, so bitte ich vorher um Auskunft darüber, ob der Erlass des Herrn Reichsministers des Innern von 10. Januar 1939 [...] nicht mehr in Kraft ist. Dieser Erlass stellt nämlich fest [...]*“, und dann folgte ein ausführliches wörtliches Zitat aus dem bereits oben wiedergegebenen Ministererlass. „*Wenn von mir jetzt dennoch ein Einschreiten gewünscht wird, muss mir vorher von dort bestätigt werden, daß ich nicht auf Grund des zitierten Erlasses als Denunziant zur Rechenschaft gezogen werde*“.<sup>38</sup>

Das war, wie schon erwähnt, im Anfang des Jahres 1939. Das Schreiben belegt immerhin, dass der Bochumer Oberbürgermeister sich im Einklang mit bestehenden Vorschriften zu befinden wünschte, also sich absichern wollte. An dem Druck der vielen Maßnahmen, die seit Jahren planmäßig gegen

---

35 Ebd., S. 36, Schreiben Stadt Bochum 12 1 an alle Beamten, Angestellten und Arbeiter vom 26. August 1935; Vermerk: „Abschrift an die Kreisleitung der NSDAP“.

36 Ebd., S. 146, Erlass des Reichsministers des Innern, Frick vom 10. Januar 1939, „Nr. I e 672/38 5012 betr. Judenfrage und Denunziantentum“.

37 Ebd., S. 150, Schreiben Staatspolizeileitstelle Dortmund an den Regierungspräsidenten in Arnberg vom 13. Februar 1939.

38 Ebd., S. 151, Schreiben Oberbürgermeister Dr. Piclum an den Regierungspräsidenten in Arnberg vom 6. April 1939.



Juden ergriffen wurden, und an deren staatlich geschürter Verächtlichmachung änderte das freilich nichts.

Es änderte auch nichts daran, dass der Kaufmann Moritz Lindau sich dazu entschloss, sein Haus in der Alleestraße 12 a zu verkaufen.<sup>39</sup> Im Dezember 1938 hatte Lindau in dem Möbelhändler Spiekermann einen Käufer für das Haus gefunden. Da es sich um jüdischen Besitz handelte, legte der beurkundende Notar, Dr. Max Diekamp, den Kaufvertrag vom 7. Dezember 1938 dem Regierungspräsidenten in Amsberg zur Genehmigung vor.<sup>40</sup> Lindau verkaufte seinen Grundbesitz „*wie alles steht und liegt*“, frei von Hausschwamm und ohne Bergschäden, für 30.000 RM, in einer kurz danach abgeänderten Fassung für die Summe des Einheitswertes, nämlich 28.300 RM. Hiervon wurden mehrere im Grundbuch eingetragene Hypotheken abgezogen, ebenso die Wertzuwachssteuer, die mit der Bewertung des Hauses nach dem Ende der Inflation 1923 zu tun hatte, und die vom Verkäufer als Jude zusätzlich zu leistende Vermögensabgabe. Der Käufer konnte vom Vertrag zurücktreten, „*falls die Genehmigung nur unter erschwerenden Bedingungen erfolgen sollte*“.<sup>41</sup>

---

39 StAB BO 23/11, Vorgang „Stadt Bochum, Grundstücksamt. Erwerb des Grundstücks Alleestr. 12<sup>1</sup> von dem Kaufmann Moritz Israel Lindau Gem. Bochum 1939 Nr. 820214 92“.

40 Ebd., S. 5, Schreiben Notar Dr. Max Diekamp, Diekampstr. 51, an den Regierungspräsidenten in Amsberg vom 8. Dezember 1938.

41 Ebd., S. 6 - 8, Verhandlung betr. den Kaufvertrag zwischen Lindau und dem Möbelhändler Spiekermann vom 8. Dezember 1938.

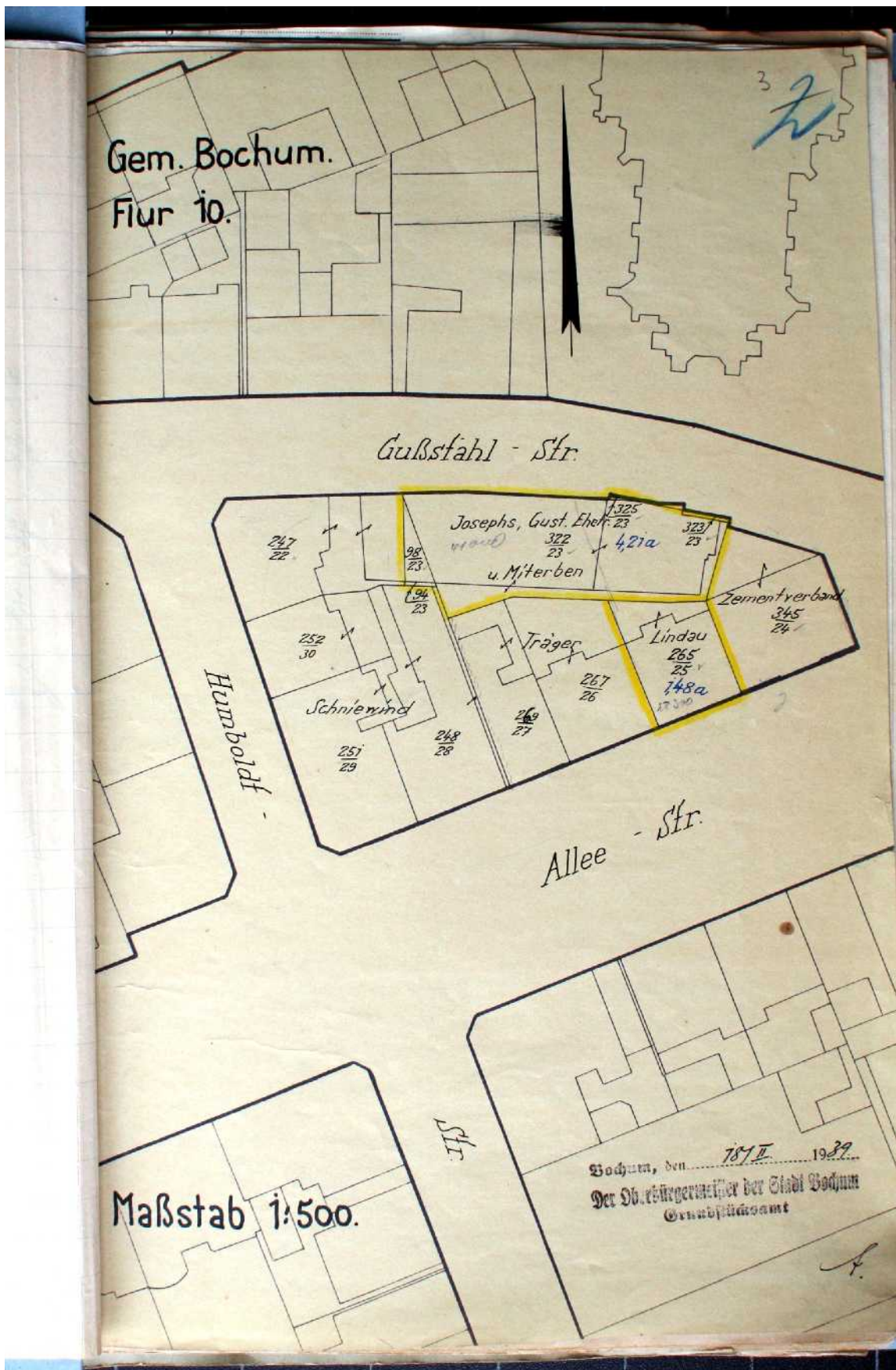


Abb. 5: Grundrisskizze von Moritz Lindaus Haus Alleestraße 12 a. (Stadtarchiv Bochum)

Lindaus Haus war 1874 errichtet worden. Es lag auf dem heute freien Platz vor dem Turm der Christuskirche und war mit anderen Häusern Wand an Wand und Rückseite an Rückseite gebaut, so

dass eine kleine, von allen Seiten zugängliche Häuserinsel entstanden war. Diese wurde begrenzt im Süden von der Alleestraße, im Norden von der heute so nicht mehr vorhandenen Straße „Im Winkel“ (ab 1937 Gußstahlstraße) und im Westen von dem ebenfalls heute nicht mehr vorhandenen nördlichen Ende der Humboldtstraße.<sup>42</sup> Im Erdgeschoss befand sich ein Laden mit einem dahinter liegenden Nebenraum, im ersten Stock eine Einzimmer-Wohnung mit Küche, daneben die Wohnung Lindau mit zwei Zimmern und Küche, im zweiten Stock eine Vierzimmerwohnung mit Küche. Auch das Dachgeschoss war ausgebaut und enthielt eine Ein- und eine Zweizimmer-Wohnung, beide jeweils mit Küche. Alle Wohnungen und der Laden waren vermietet.<sup>43</sup> Der Architekt Dipl.-Ing. Prein, zum Gutachter bestellt, besichtigte das Haus, bezeichnenderweise nicht, um nachzusehen, in welchem Zustand es sich befand, sondern „um festzustellen, wie weit die Unterhaltungspflicht des Hausbesitzers an dem Gebäude vernachlässigt wurde“. Prein befand, das Treppenhaus sei „nicht in einem ordnungsmäßigen Zustand“, es gebe „Schäden am Treppengeländer, am Wandputz und am Anstrich. Dach ist dicht.“ Die anfallenden Reparaturkosten schätzte Prein auf 300 RM.<sup>44</sup>

Der schon beurkundete Kaufvertrag kam nicht zustande. Das Grundstücksamt der Stadt Bochum machte geltend, dass das Lindau'sche Haus und ein an der Rückseite anstoßendes, ebenfalls in jüdischem Besitz befindliches Haus „für die Altstadtanierung dringend benötigt“ würde. „Der Ankauf dieser beiden Grundstücke ist daher unbedingt erwünscht.“<sup>45</sup> Die Siedlungsabteilung der Bauverwaltung schrieb dem Grundstücksamt: „Es erscheint ratsam, im Wege der Verhandlung zu versuchen, daß Spiekermann von dem Verträge zurücktritt und die Stadt Bochum in den Vertrag eintritt.“<sup>46</sup> Da waren sie also, die im Vertrag für alle Fälle aufgenommenen „erschwerenden Bedingungen“. Fünf Tage später gab Spiekermann folgende Erklärung ab: „Nachdem mir eröffnet worden ist, daß der von mir mit dem Kaufmann Moritz Lindau geschlossene Kaufvertrag über das Hausgrundstück Allee-Straße 12<sup>1</sup> aus Gründen des öffentlichen Interesses nicht genehmigt werden kann, erkläre ich hiermit meinen Rücktritt von diesem Verträge unter der Bedingung, daß mir die entstandenen Unkosten aus der Kaufpreissumme vergütet werden“.<sup>47</sup> Auch Moritz Lindau, seit dem 1. Januar 1939 Moritz Israel Lindau,<sup>48</sup> erklärte seinen Rücktritt vom Vertrag und war bereit, ein neues Kaufangebot seitens der Stadt Bochum zu vollziehen.<sup>49</sup>

„Das städtische Vorhaben“ brachte der Oberbürgermeister der Kreisleitung der NSDAP „[...] hiermit [...] zur dortigen Kenntnis“.<sup>50</sup> Denn auch der Kreisleiter musste mit der Angelegenheit befasst werden, weil es sich um den Erwerb jüdischen Eigentums handelte; das schrieb ein Ministererlass vom 6. Februar 1939 vor. Der Kreisleiter Riemenschneider, seit 1932 in diesem Amt, stimmte dem Erwerb des Hauses Alleestraße 12<sup>1</sup> zu und erwähnte dabei den Parteigenossen Franz Waschke als Mieter des Ladens im Erdgeschoss.<sup>51</sup> Nun war noch ein Ratsbeschluss herbeizuführen,

---

42 StAB SLG 01 Nr. 437, Stadtkarte von Bochum 1935, Maßstab 1:5000.

43 StAB BO 23/11, S. 16, nach den vorliegenden Mietbüchern gefertigte Aufstellung vom 10. Februar 1939, die Verhandlung betr. die Abänderung des Kaufvertrages ebd., S. 11f

44 Ebd., S. 46, Gutachtlicher Bericht des Dipl.-Ing. K. E. Prein, Architekt, über die Besetzung Alleestr. 12<sup>1</sup>.

45 Ebd., S. 13, Vermerk des Vermessungsamtes der Stadt Bochum vom 18. Februar 1939.

46 Ebd., S. 14, Schreiben Stadt Bochum, Bauverwaltung/Siedlungsabteilung, an das Grundstücksamt vom 23. Februar 1939.

47 Ebd., S. 17, Vermerk des Grundstücksamtes vom 23. Februar 1939.

48 RGB1 1938 I, S. 1044, Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über RGB1Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938, in Kraft getreten am 1. Januar 1939.

49 StAB BO 23/11, S. 20, Vermerk des Grundstücksamtes vom 2. März 1939.

50 Ebd., S. 21, Schreiben Oberbürgermeister Dr. Piclum an die Kreisleitung der NSDAP vom 3. März 1939, Konzept.

51 Ebd., S. 34, Schreiben Kreisleitung der NSDAP an Oberbürgermeister der Stadt Bochum vom 14. März 1939. Ernst Riemenschneider, geb. 9. Januar 1900 in Bochum als Sohn eines Bergmanns, bildete sich im Selbstunterricht zum Kaufmann aus, war seit 1926 Mitglied der NSDAP, seit 1932 Mitglied des Reichstags und Kreisleiter der NSDAP in Bochum, seit 1. Juli



wozu die Unterlagen am 17. März 1939 ausgefertigt wurden. Im Entwurf der EntschlieÙung des Oberbürgermeisters ist zu lesen: *„Die Besitzwechselkosten einschl. der Grunderwerbssteuer trägt die Stadt, die Wertzuwachssteuer der Verkäufer. Die bei dem früheren Vertragsabschluß entstandenen Kosten in Höhe von 264,97 werden von der Stadt neben dem Kaufpreis gezahlt.“*<sup>52</sup>

Der Regierungspräsident in Arnberg erteilte die Genehmigung zum Kaufvertrag am 9. Mai 1939.<sup>53</sup> Wegen der Grunderwerbssteuer ließ sich das Finanzamt Bochum die Verwendung des Grundstücks als öffentliche Straße oder öffentlicher Platz sowie die Frühzeitigkeit der Zweckbestimmung ausdrücklich bestätigen.<sup>54</sup> *„Der Ankauf erfolgt mit Rücksicht auf die dringend notwendige Besserung der Verkehrsverhältnisse in der Innenstadt. Das Haus soll in naher Zukunft abgebrochen und das Grundstück mit weiteren Grundstücken zu einem Parkplatz vereinigt werden.“*<sup>55</sup> Damit hatte die Stadt Bochum ihr Ziel erreicht, um „[...] nun hier einen den Verkehrs- und sonstigen öffentlichen Belangen entsprechenden freien Platz zu schaffen. Wir versichern, daß diese Zweckbestimmung des Grundstücks schon vor dem Abschluß des Vertrages bestand.“<sup>56</sup>

Wenn Moritz Lindau die Hoffnung gehabt hatte, den Erlös aus dem Verkauf seines Hauses als finanzielle Reserve für kommende schwierige Zeiten anzulegen, wurde er enttäuscht, denn die im Kaufvertrag genannte fünfstellige Summe kam nur teilweise in seine Hand. Die Abzüge vom Einheitswert in Höhe von 28.300 RM waren erheblich. Zwei Hypotheken und weitere Forderungen wurden aus dem Verkaufspreis zurückgezahlt, ebenso die Löschungskosten für die Hypotheken beim Grundbuchamt, ferner rückständige und aktuelle Grundbesitzabgaben, Bürgersteuer aus den Jahren 1938 und 1939, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Gerichtskosten, die Maklergebühr für den Kaufvertrag Lindau-Spiekermann, Notariatskosten für Dr. Diekamp, die Versteuerung des Kaufvertrages, die Ladenmiete Waschke und die Forderung eines Malermeisters. So blieben am Ende noch 8.742 RM für Lindau übrig.<sup>57</sup>

Im Juni 1939 meldete sich noch der Rechtsanwalt Rudolf Abel bei Oberbürgermeister Piclum mit der Forderung eines Mandanten. Die Bitte, diesen Betrag direkt an ihn zu überweisen, begleitete er mit dem unfreundlichen Kommentar: *„Im Interesse meines Mandanten möchte ich Sie von diesem Sachverhalt in Kenntnis setzen, damit er [Lindau] bei Ihnen auch die versprochene Anweisung zur Überweisung des vorgenannten Betrages gibt, da sonst die Gefahr besteht, dass sich der Jude durch die Dämpe [sic!] macht.“*<sup>58</sup>

Die Lindaus blieben in ihrem Haus wohnen. Der geplante Abriss unterblieb. Im Bochumer Adressbuch von 1940 ist Moritz Lindau noch verzeichnet,<sup>59</sup> in dem von 1942 nicht mehr. Moritz Lindau und seine Frau wurden im April 1942 in das Lager Zamosz bei Lublin in Polen gebracht. Dort - man kann es nicht anders ausdrücken - verweht ihre Spur. Zu dem Transport gehörten rund

---

1933 Straßenbahndirektor der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn-AG. Siehe Wolfgang Stelbrink, Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 48), Münster 2003, S. 266 - 267.

52 StAB BO 23/11, S. 25, Beratungsentwurf für die Sitzung der Ratsherren und Entwurf der EntschlieÙung des Oberbürgermeisters vom 17. März 1939.

53 Ebd., S. 41, Genehmigung des Regierungspräsidenten in Arnberg zum Kaufvertrag vom 3. März bzw. 24. März 1939.

54 Ebd., unpaginiert, Schreiben Finanzamt Bochum an den Oberbürgermeister/Grundstücksamt vom 18. August 1939.

55 Ebd., S. 35, Schreiben Stadt Bochum, Grundstücksamt, an die Siedlungsabteilung der Bauverwaltung vom 30. März 1939, Konzept.

56 Ebd., unpaginiert, Schreiben Stadt Bochum, Grundstücksamt, an Finanzamt Bochum vom 25. August 1939, Konzept.

57 Ebd., unpaginiert, Schreiben Stadt Bochum, Grundstücksamt, an Finanzamt Bochum vom 25. August 1939, Konzept.

58 Ebd., S. 68, Schreiben Rechtsanwalt Rudolf Abel, Diekampstr. 3, an den Oberbürgermeister der Stadt/Grundstücksamt vom 16. Juni 1939.

59 AdreÙbuch der Stadt Bochum 1940, Teil 2, S. 292.

2.100 Personen, darunter außer dem Ehepaar Lindau weitere 19 Frauen und 12 Männer aus Bochum. Von keinem kam jemals wieder ein Lebenszeichen zurück. Es wird vermutet, dass sie von Zamosz in eines der großen Vernichtungslager gebracht und dort ermordet wurden.<sup>60</sup>

Das Haus Alleestraße 12I wurde am 4. November 1944 durch Bomben total zerstört. Die beiden Kinder, die noch vor dem Zweiten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten gelangt waren, strengten ein Rückerstattungsverfahren wegen des verlorenen Hausbesitzes an und ließen sich von einem Rechtsanwalt sowie von Alfred Salomon vertreten, dem Neffen von Moritz und Alma Lindau. Er hatte die Lagerhaft in Auschwitz überlebt, in den ersten Jahren nach dem Kriegsende die Radrennbahn gepachtet und so, selbst früherer Radrennfahrer, den Bochumer Radsport wieder in Schwung gebracht. Den beiden Kindern wurde 1951 eine kleine Entschädigung für das väterliche Grundstück zugesprochen.<sup>61</sup>

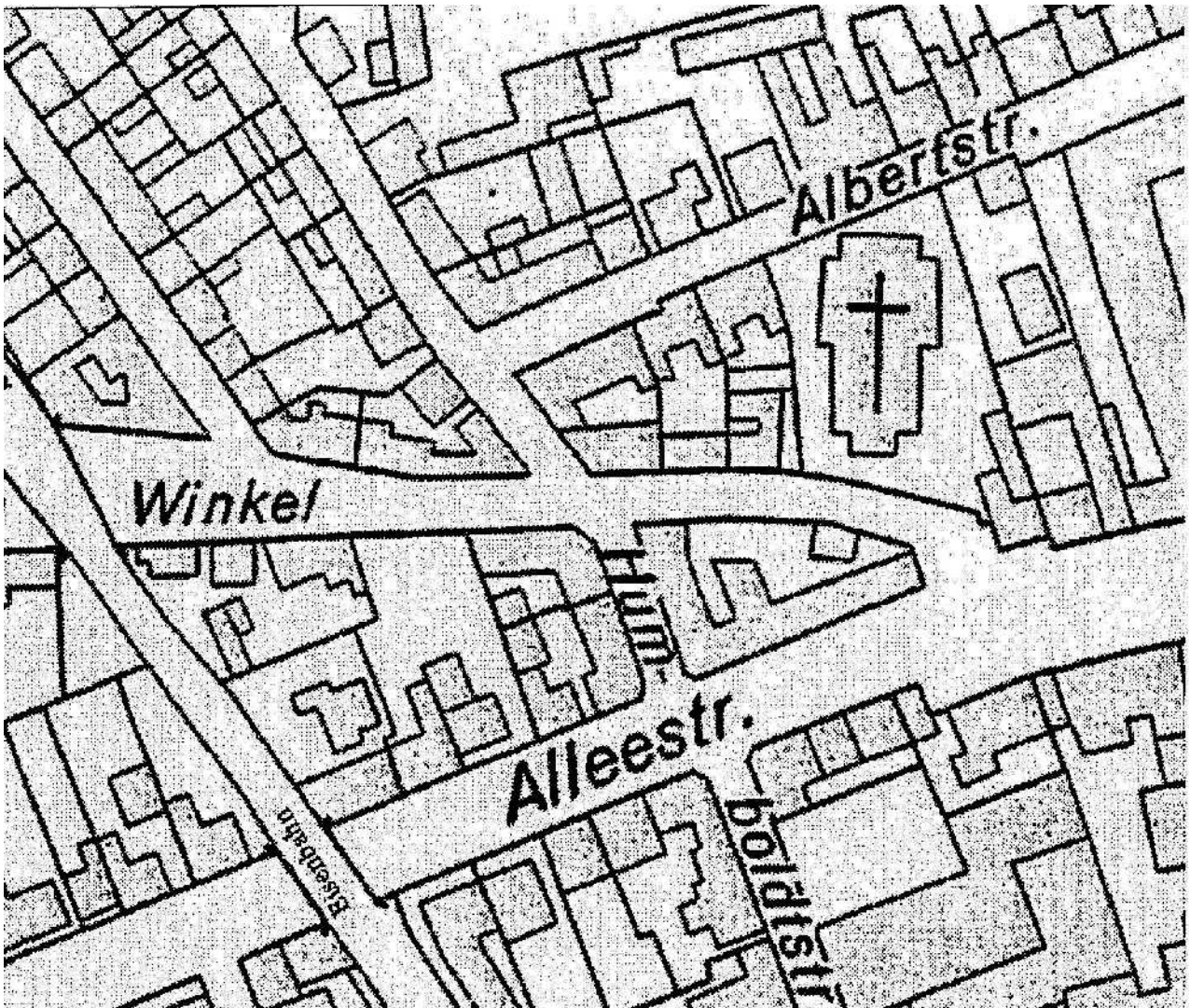


Abb. 6: Ausschnitt aus der Stadtkarte von 1935. (Stadtarchiv Bochum)

60 Tabelle „Wir gedenken der Opfer des Faschismus der Stadt Bochum“ mit 236 Namen, das Ehepaar Lindau als Nr. 99 und 100, in: Günter Gleising u. a. (Hg.): Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid. Die Jahre 1933 - 1935 in Berichten, Bildern und Dokumenten (Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums, Nr. 4), Altenberge/Bochum 1963. Manfred Keller u. a. (Hg.): Ge-denkbuch. Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid, Bochum 2000, S. 20.

61 StAB BO 23/27, Akte „Rückerstattungsantrag Kurt S. Lindau“, u. a. mit Auszügen aus Niederschriften des Grundstücksausschusses und des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Bochum.